»Ansbach Gate«

Kommunalwahl auf amerikanisch

Die amerikanische Präsenz in Europa im Zeitalter von Glasnost und Perestroika war Thema der Rede, die Vernon A. Walters vor der Gesellschaft für Auslandskunde am 30. Oktober 1989 im Münchener Amerika-Haus hielt. Walters, CIA-Mann, Krisendiplomat und derzeit US-Botschafter in Bonn, warnte eindringlich vor den Risiken des Reformprozesses in der Sowjetunion: Wirtschaftskrisen, Instabilität, Nationalitätenstreit und Separatismus, Absichtserklärungen zur Abrüstung bei unveränderter konventioneller Überlegenheit ihrer Streitkräfte. Fazit: Die NATO muß ihre konventionellen Streitkräfte kontinuierlich modernisieren und parallel zur Rüstungskontrolle militärische Stärke einsatzbereit halten. »Wer in blinder Euphorie diese bewährte Strategie in Frage stellt, der macht die Sicherheit seines Landes mutwillig und ohne Not von einer umbruchartigen und alles andere als erschütterungsfreien Entwicklung in der Sowjetunion abhängig. Dies wäre nicht Friedenspolitik, sondern Glücksspiel.«

Mit den Bundesbürgern ging Walters hart ins Gericht. Diese hätten nur den eigenen, kleinen Lebensbereich im Auge und würden dabei an dem Ast sägen, auf dem sie seit 40 Jahren komfortabel sitzen. Welche Schwierigkeiten die US-Friedenspolitik mit den Kleingeistern hierzulande hat, machte der US-Botschafter der Stärke seinem Auditorium ebenfalls deutlich: »Eingespielte Verfahrensweisen erweisen sich immer häufiger als funktionsunfähig. Im Normalfall wendeten sich die amerikanischen Streitkräfte mit ihren Projekten und Anliegen an die entsprechenden Fachministerien in Bonn. Diese fällten nach Rücksprache mit den Körperschaften vor Ort eine Entscheidung und sprachen schließlich die Projektgenehmigung aus. Bislang hatten die US-Streitkräfte also einen zentralen Ansprechpartner an der Spitze, der ihnen die Verhandlungen mit den Instanzen der tieferen Ebenen abnahm.

Wenn aber eine Einigung zwischen Bundesbehörden und

Gremien der lokalen und kommunalen Ebene scheitert und die Entscheidung des Bundes gerichtlich angefochten wird, kompliziert sich das Verfahren ungemein. Die Streitkräfte müssen sich dann mit einer Vielzahl von Parteien auseinandersetzen, der Aufwand steigt, und wichtige Projekte werden entweder verhindert oder erleiden Verzögerungen, die sich durchaus in Jahren bemessen können. Dinge, die bislang reibungslos und selbstverständlich abliefen, sind heute komplex, zeitraubend und mühsam geworden.«

Vernon A. Walters irrt. Zwar funktioniert der Automatismus von Landbestellung und Landzuweisung, Manöveranmeldung und Manöverdurchführung, Anmeldung der Baumaßnahme und schneller Realisierung des Projekts in der Tat nicht mehr so reibungslos wie früher, doch der Wandel im vormaligen Selbstbedienungsladen der US-Streitkräfte vollzog sich nicht erst seit den Veränderungen in Osteuropa.

Den wachsenden Widerstand gegen die Aktivitäten der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik beschrieb bereits im Mai 1983 der Stabschef für Aktivitäten im Gastgeberstaat beim Stab der U.S. Army in Europa (USAREUR) in einer vertraulichen Studie über die »Bedingungen in Deutschland, unter denen USAREUR leben und operieren muß«: »Opposition gegen die taktischen Nuklearwaffen. Lokaler Widerstand gegen alles, was die Umwelt bedroht oder umweltgefährdend sei. Alle Entwicklungen der US-Streitkräfte werden zur politischen Streitfrage. Immer lautere und zahlreichere Beschwerden und Klagen. Bei der Durchsetzung von Maßnahmen dauert es länger, und manches ist einfach nicht mehr durchführbar. Keine Bereitschaft der Deutschen, wesentliche Steigerungen der Verteidigungslasten hinzunehmen.

Besonders sensitive Fragen sind:

- Bautätigkeit in Grünzonen,
- Rodungen und verstärkte Nutzung von Manövergeländen,
- Nacht- und Feiertagsschießübungen auf großen Schießplätzen,
- Hubschrauberstationierungen und -operationen,
- Überbeanspruchung der Bevölkerung einzelner Regionen.«

Zwar feiert die Stabsstudie das Ergebnis der Bundestagswahl vom März 1983 als »Traumergebnis für die NATO«, weil die SPD in ihrem Raketenwahlkampf gegen Kohls wirtschaftliche Prioritätensetzung unterlag, aber die Studie sieht zugleich die Bedrohung der US-Streitkräfte, die aus der Rückkehr der Konservativen an die Macht »nach 14 Jahren in der Wildnis« resultiert: »Bis vor kurzem war offene Opposition gegen Pläne und Politik der US-Streitkräfte beschränkt auf die Grünen, glühende Pazifisten und lokale Elemente, die von einzelnen Plänen und Operationen unmittelbar betroffen waren. Nun können wir darauf gefaßt sein, daß beide Oppositionsparteien – SPD und Grüne – gegen das, was wir tun und erst recht, gegen das, was wir zu tun planen, opponieren werden.«

Und die US-Streitkräfte planen viel. Seit im Frühjahr 1982 die ersten neuen Kampfpanzer vom Typ M 1 Abrams den Vorläufer M 60 ersetzten, werden die US-Streitkräfte in der Bundesrepublik mit insgesamt 400 neuen Typen von Waffen- und Kampfunterstützungssystemen ausgestattet. Neue Schützenpanzer M 2 Bradley, neue Mehrfachraketenwerfer MLRS, neue Flugabwehrraketen PATRIOT, neue Fernmelde- und Führungssysteme, neue Kampfflugzeuge vom Typ F-16 und F-15 und neue Kampfhubschrauber vom Typ APACHE werden seither kontinuierlich nach Westdeutschland eingeführt – ganz im Gegensatz zu den offiziellen Abrüstungsbeteuerungen. Teils werden mit den neuen Waffen vorhandene Truppenteile modernisiert, teils aber auch neue High-Tech-Verbände wie elektronische Kampfführungsbataillone oder Kampfhubschrauberregimenter aufgestellt. Jahr für Jahr wuchsen die dazu notwendigen Infrastrukturmaßnahmen und der militärische Landbedarf. Gaben die US-Streitkräfte 1980 noch 176 Millionen Dollar für Militärbauten in Westdeutschland aus, waren es 1987 bereits über 400 Millionen Dollar.

Den größten Widerstand gegen ein einzelnes Waffensystem zogen die US-Streitkräfte auf sich, als der Plan bekannt wurde, an zunächst sechs Standorten Kampfhubschrauberverbände zu stationieren. Die Auseinandersetzung um die Stationierung der ersten Bataillone des millionenteuren Hubschrauber-Pan-

zerjägers APACHE führte zunächst dazu, daß in Wiesbaden seit Anfang der achtziger Jahre erfolgreich die Reaktivierung der Wiesbaden Air Base für diese Verbände verhindert wurde und sie statt dessen verlegt werden mußten. Der Widerstand in der Provinz des Freistaats Bayern war 1986 noch kalkulierbar gering. (Kleinheim)

Bereits beim Neubau von zivil betriebenen US-Militärlagern für Verstärkungskräfte aus den USA hatten die US-Streitkräfte die Erfahrung gemacht, daß Projekte, die in Osthessen Mitte der achtziger Jahre politisch nicht mehr durchsetzbar waren, in Bayern schnell zum Richtfest kamen. Der verstorbene bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß und die satte CSU-Mehrheit im Freistaat garantierten stets eine reibungslose Realisierung der Pläne der US-Streitkräfte, die in Bayern mit 72 000 Soldaten ihre deutlich stärkste Truppenpräsenz in einem Bundesland haben. Gelegentliche Vergünstigungen, wie private Landerechte auf dem US-Militärflugplatz Mainz-Finthen, wenn Strauß den Bundesparteitag der CDU im benachbarten Wiesbaden besuchte, konnten das gute Verhältnis zwischen Gast und Gastgeber nur noch verbessern.

Doch nach dem Tod des bayerischen Ministerpräsidenten hören auch in Bayern die Uhren auf, anders zu gehen. In dem im Sommer 1989 im Stab der U.S. Army in Europa (USAREUR) erarbeiteten »Programm für die Gestaltung der Beziehungen zum Gastland« wird ausdrücklich davor gewarnt, noch Manöver in Bayern unterzubringen, denen in anderen Ländern Widerstand entgegengebracht wird. Jetzt suchen die US-Streitkräfte neue Truppenübungsplätze in Frankreich, wo die Furcht vor einem deutschen Sonderweg in den Neutralismus das Interesse an deutlicher US-Präsenz in Westdeutschland festigt.

Für die Stationierung weiterer Kampfhubschrauber auf dem bayerischen Airfield Katterbach bei Ansbach befürchteten die US-Streitkräfte bereits schwere Auswirkungen auf die Wahlchancen der CSU, wenn Hubschrauber vor der Kommunalwahl am 18. März 1990 stationiert würden. In einem Schreiben vom 8. Februar 1990 an das VII. US-Corps in Stuttgart warnte der Kommandeur der 1. US-Panzerdivision in Ansbach,

Generalmajor Ronald H. Griffith: »Wir haben uns, wie gewünscht, nochmals mit dem Vorschlag befaßt, in Vorbereitung der Ankunft der 2-1 (Heeresfliegerstaffel 2-1 der U.S. Army, d. Verf.) Fluggeräte UH-1-Hubschrauber in Katterbach zu stationieren. Diese erneute Prüfung hat uns in unserer Ansicht bestätigt, daß es von uns sehr unklug wäre, in dieser Hinsicht irgend etwas vor den am 18. März 1990 stattfindenden Kommunalwahlen zu unternehmen.

Grundlage für unsere Haltung sind folgende Tatsachen: Das kommunalpolitische Klima. Ansbach wird augenblicklich von einem CSU-Oberbürgermeister (Dr. Zumach) und einem Stadtrat regiert, dessen früher starke CSU-Mehrheit ständig dahinschwindet. Gegenwärtig beherrscht die CSU den Stadtrat lediglich mit einer Stimme Mehrheit. Dr. Zumach hat sich nicht für die Wiederwahl im nächsten Monat gestellt; sein Stellvertreter, Bürgermeister Breitschwert, ist der CSU-Kandidat. Die Unterstützung in der Bevölkerung für Breitschwert scheint geringer zu sein als die, die Zumach früher genoß. Dies trifft insbesondere auf die Landbevölkerung zu, die sich jetzt immer stärker den rechtsgerichteten Republikanern zuwendet. Bei den Wahlen zum Europaparlament im Juni 1989 erhielten die Republikaner in Ansbach 14,6 Prozent der Stimmen, was hauptsächlich auf Kosten der CSU ging. Die CSU verliert jedoch nicht nur auf der Rechten Stimmen an die Republikaner, sie muß sich auch mit einer SPD-Opposition auseinandersetzen, die in den letzten Jahren immer selbstbewußter geworden ist. Die SPD hat die örtliche militärische Belastung zu einem Hauptwahlkampfthema gemacht. Obwohl seitens der Bevölkerung wenig Klagen über die örtlichen US-Truppen laut werden, sind Hubschrauberstationierungen doch ein wunder Punkt. Angesichts der seit langem geplanten und zuvor koordinierten Rückkehr der 2-1-Fluggeräte im April 1990, wäre eine überraschende Stationierung von weiteren Hubschraubern vor dem 18. März kompromittierend für die örtliche CSU und könnte den Wahlausgang in einer Weise beeinflussen, die für die US-Streitkräfte negativ ist.«

Die Veröffentlichung des Griffith-Briefes in der *Fränkischen*

Landeszeitung vom 7. März heizte die Endphase des Kommunalwahlkampfes heftig an. Die Sozialdemokraten veröffentlichten eine beglaubigte Übersetzung des Griffith-Briefes und warfen einerseits der CSU Kumpanei mit den US-Streitkräften vor und andererseits den US-Streitkräften skandalöse Einmischung und Wahlhilfe für die CSU in der Markgrafenstadt.

Die CSU zeigte sich entsetzt über die »unerbetene Wahlhilfe«. Natürlich habe es keinerlei Gespräche über Pläne zur Stationierung zusätzlicher Hubschrauber gegeben. »Wenn ein US-General annimmt, daß ein Kommunalparlament wirksamen Einfluß auf Stationierungsvorhaben habe, zeige dies seine Unkenntnis über das deutsche Rechtswesen«, rügte CSU-Bürgermeister Breitschwert den US-General im Stadtrat. Die CSU werde die US-Streitkräfte weiterhin nachdrücklich ersuchen, von der Stationierung zusätzlicher Einheiten in Ansbach Abstand zu nehmen, beteuerte er. Notfalls werde die bayerische Staatskanzlei eingeschaltet.

Der Chef des Ansbacher Amtes für zivile Angelegenheiten, Egon Klarner, mutmaßt die Bürgerinitiative gegen APACHE-Hubschrauber, weiß aus jahrelanger Zusammenarbeit im deutsch-amerikanischen Ausschuß nicht nur genau, was die US-Streitkräfte vorhaben, sondern steht den Gaststreitkräften auch seinerseits mit Informationen über die kommunalpolitische Lage in der Stadt zur Seite. Henrik Ochsenkühn, der CSU-Bundeswahlkreisgeschäftsführer, inszenierte die Gegenoffensive zum »Tragödien-Stadel« der SPD und konstruierte eine Art Ansbacher Dolchstoßlegende: Der Skandal kann nur von interessierten Kreisen inszeniert sein. Mutmaßt er. Tathergang: Der US-General mit erheblicher Unkenntnis des von ihm beschrittenen Terrains wird unqualifiziert und falsch beraten, sein Bericht der Presse in die Hände gespielt. Tatopfer des bewußt lancierten Komplotts: die Christlich-Soziale Union. Wer aus dem nicht näher definierten Politlager es dabei schaffte, beim VII. Corps auch noch zeitgerecht eine Anforderung zu diesem Schreiben an Griffith zu plazieren, läßt die CSU offen.

Ochsenkühn bestätigt die Befürchtungen der USAREUR-

Studie von 1983: »Örtliche Politiker, selbst solche, die uns unterstützt haben, werden sich von uns distanzieren und gelegentlich auch gegen uns opponieren müssen.« Zwar erhofften sich die US-Streitkräfte von den konservativen Kommunalpolitikern die Verteidigung ihrer Interessen, die die Deutschen zwar keinen Pfennig kostet, aber möglicherweise etwas, »was wertvoller ist als Geld, zum Beispiel Wählerstimmen«. Bei der Ansbacher Bürgermeisterwahl bestätigte sich diese Einschätzung, obwohl die CSU ihre politische Freundschaft mit den US-Streitkräften verleugnete. In den Ortsteilen Katterbach und Obereichenbach, die besonders vom Fluglärm der US-Hubschrauber gebeutelt sind, holte der SPD-Bewerber erstmals die Mehrheit.

Für die US-Streitkräfte erwies sich der Griffith-Brief in doppelter Hinsicht als Eigentor. Dem Ansbacher Oberbürgermeister war nach eigenem Bekunden die Informationspolitik der US-Streitkräfte »manchmal völlig schleierhaft«. Häufig hörte er bei seinen Gesprächen mit US-Offizieren unterschiedliche Angaben zur Anzahl der Hubschrauber, die er schließlich nicht am Zaun stehend überprüfen könne. Am 10. März nun wußte er ganz gewiß, daß künftig in Katterbach 125 Hubschrauber stationiert sein werden. Die örtliche Bürgerinitiative ließ daraufhin beim Forschungsinstitut für Friedenspolitik in Starnberg errechnen, wie sich dieser Wert zusammensetzen könnte. Heraus kam ein strenggehütetes Geheimnis der US-Streitkräfte: Neben den geplanten Kampfhubschrauber- und Aufklärungsverbänden ist seit 1988 auf dem fränkischen Airfield die Task Force Phönix stationiert, ein Verband zur elektronischen Spionage, Zielzuweisung und Störung, der mit UH-1- und AH-60-Helikoptern operiert.

Im Auge hatten die US-Streitkräfte bei ihrer politischen Lagebeurteilung jedoch nicht nur lokale CSU-Interessen, sondern auch die Haltung der Staatsregierung des blau-weißen Freistaats. Ergebnis dieser Absprachen: »Die Bayerische Staatskanzlei spricht sich gegen jegliche Stationierungsmaßnahmen vor den Kommunalwahlen aus. Herr Pause, der Leiter der militärischen Abteilung in der Bayerischen Staatskanzlei,

meinte, daß das Verteidigungsministerium überreagiert habe, als es den US-Streitkräften empfahl, die Hubschrauber so schnell als möglich nach Katterbach zu verlegen. Die Bayerische Staatskanzlei sieht keinerlei Risiken für die planmäßige Stationierung der Fluggeräte der 2-1. Herr Lehninger, USFLO München (US-Verbindungsbüro zu deutschen Dienststellen, d. Verf.), empfiehlt dringend, die Wahlen vom 18. März abzuwarten. Er sagte, daß der Leiter von Host Nation Support USAREUR, diese Meinung teilt.«

Bei der Landtagsdebatte in München stand CSU-Staatssekretär Wilhelm Vorndran unter Beschuß. Kühn dementierte er jedes Wissen der Bayerischen Staatsregierung um die Stationierungsregelungen für einen Hubschrauberverband für Katterbach. Absprachen habe es nie gegeben, geschweige denn solche mit Blick auf den Wahltermin.

»Sollte der US-Offizier tatsächlich seinem Vorgesetzten einen solchen Bären aufgebunden haben?« schien für den SPD-Landtagsabgeordneten Langenberger das fragwürdige Ergebnis der Vorndrandementis zu sein. »Vielleicht hat sich Griffith auch nur gegenüber seinen Vorgesetzten wichtig gemacht«, versuchte sein Fraktionskollege Sommerkorn das Rätsel zu lösen.

Nachrichtlich ging der Griffith-Brief auch nach Heidelberg an den Befehlshaber der US-Streitkräfte in Europa, genauer an den Leiter von Host Nation Support USAREUR, der Abteilung der U.S. Army in Europa, die sich mit Fragen beschäftigt, die das Stationierungsland betreffen. Der wiederum wird von Griffith in seinem Brief mit der Meinung zitiert, vor der Stationierung von Hubschraubern in Katterbach besser die Wahlen vom 18. März abzuwarten. Hätte Griffith seinem Vorgesetzten einen Bären aufgebunden, dann den, den dessen Vorgesetzter gezeugt hat.

Warum der US-General seinen Brief so formulierte, wich der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei aus, könne zutreffend nur der beantworten, der den Brief tatsächlich entworfen habe. Dies wiederum geht aus dem der *Fränkischen Landeszeitung* zugespielten Papier hervor: A. J. Bacevich, Col., GS, AETS-KCS,

468-8375. Wer im US-Telefonnetz nach der Vorwahl von Ansbach (468) den Apparat 8375 anwählt, erreicht mit Oberst Bacevich den Chef des Stabes, also den zweithöchsten Offizier der 1. US-Panzerdivision, und keinen subalternen Berater, wie ihn die Ansbacher CSU für das ungeliebte Papier verantwortlich machen wollte.

Der Leitende Ministerialrat Dietrich Pause ließ sein Dementi im Landtag zu München am 21. März 1990 von Staatssekretär Wilhelm Vorndran verlesen: Den US-General Griffith habe er nur im November 1989 bei dessen Amtseinführung und beim Neujahrsempfang der Staatsregierung 1990 in München gesehen und dabei keineswegs die Stationierungsabsichten für Katterbach erörtert.

Diese persönliche Erklärung Pauses ist wahr, und sie geht doch an der Realität vorbei. Regelmäßiger Gesprächspartner bei den US-Streitkräften ist für ihn Wilhelm E. Lehninger, US-Verbindungsmann und Untermieter in der Bayerischen Staatskanzlei – und nicht ein örtlicher Kommandeur. Auf dieser Ebene muß die Pausenregelung bei der Stationierung von US-Hubschraubern getroffen worden sein.

Wilhelm E. Lehninger ist im März 1990 fast so frisch in Bayern wie Ronald H. Griffith. Erst zum 4. Dezember 1988 hatte er sein Amt übernommen, nachdem er am 16. November 1988 in Stuttgart über die Aktivitäten der US-Streitkräfte in Bayern unterrichtet worden war, »herzlich willkommen geheißen«, wie er in seinem Dankschreiben an den Corpskommandeur, Generalmajor Ronald L. Watts vermerkte. Bereits zuvor, am 3. November 1988, reiste Lehninger zum »Bavaria Strategy Meeting«, wo er mit dem stellvertretenden Stabschef für Unterstützungsleistungen des Aufnahmestaats, Generalkonsul Fischer, Insidern als CIA-Mann bekannt, und ausgewählten Offizieren von USAREUR und dem VII. Corps sowohl das politische Klima im Freistaat Bayern nach dem Tod von Ministerpräsident F. J. Strauß als auch die Strategie für zukünftige Militäraktivitäten in Bayern diskutierte.

Neu im politischen Geschäft ist Lehninger nicht. Von 1982 bis 1988 war er in Hessen Verbindungsoffizier der US-Streitkräfte

zur Landesregierung, sechseinhalb wechselvolle Jahre mit drei Landesregierungen, bevor er recht kurzfristig nach München berufen wurde. Seinem Amtswechsel verdanken wir eine zusammenfassende Darstellung des politisch-militärischen Klimas in Hessen aus der Sicht der US-Streitkräfte von 1982 bis 1988, die er als letzten Monatsbericht am 1. Dezember 1988 an seine Vorgesetzten gab.

»Dieser Bericht soll einige der politischen Veränderungen und die momentan wichtigen politischen Probleme verdeutlichen, die ich während meiner Dienstzeit als regionaler Verbindungsoffizier der US-Streitkräfte für das Bundesland Hessen im Zeitraum 1982 bis 1988 beobachten konnte.

1. Die Arbeitsbeziehungen mit der SPD-Landesregierung des früheren hessischen Ministerpräsidenten Börner und den Kommunalregierungen waren während meiner beiden Anfangsjahre beim Hauptquartier des V. Corps entspannt und bemerkenswert freundlich. Die Landbeschaffungsanträge für sieben vorgeschobene Versorgungslager (Forward Storage Tactical Sites) wurden schnell abgewickelt; die Hauptbauvorhaben der US-Streitkräfte konnten ohne größere Schwierigkeiten durchgeführt werden; und unsere Manöveranträge wurden mit wenigen Nachfragen der hessischen Behörden genehmigt. Ein häufiger Streitpunkt war der Fluglärm auf dem Flugplatz des V. Corps im Bundesland Hessen, und einige Bürger wehrten sich massiv gegen das Schießen an Feiertagen auf dem Truppenübungsplatz Wildflecken. Diese Problempunkte wirkten sich aber nicht störend auf unser im Grunde ausgezeichnetes Verhältnis zu den hessischen Behörden aus.

2. 1984 begann eine krisenhafte Entwicklung auf der politischen Szenerie Hessens. Nach zwei Landtagswahlen hatte sich ein Kräftegleichgewicht im Parlament ergeben, das die Einsetzung einer stabilen Koalitionsregierung unmöglich machte. Ministerpräsident Börner, der mit Unterstützung der Grünen wiedergewählt worden war, versuchte

Hessen über eine ›Tolerierungsvereinbarung‹ zu regieren. Börners Hoffnungen wurden bald enttäuscht, als die Grünen aufgrund einer Streitigkeit über Kernkraft die Zusammenarbeit aufkündigten und die SPD daraufhin das Land mit einer Minderheitsregierung führen mußte. Schließlich fand sich, nach langen und kontroversen Diskussionen, eine Mehrheit der Grünen bereit, im Dezember 1985 in eine reguläre Koalition mit der SPD einzutreten. Es wurde ein neues Ministerium für Umwelt und Energiefragen eingerichtet mit dem grünen Minister Joschka Fischer an der Spitze, und zwei grünen Staatssekretäre wurden in die Regierung aufgenommen.

3. Nun hatte sich die Situation verändert und eine gewisse Spannung trat zwischen den US-Streitkräften und den hessischen Regierungsbehörden auf. Die Landesregierung reagierte auf öffentliche und offizielle Stellungnahmen auf kommunaler Ebene, die sich zunehmend kritisch über unsere Tätigkeit äußerten. Reibungspunkte waren insbesondere die vielen Bauvorhaben, die wir in den vergangenen Jahren begonnen hatten, und auch die Manöver riefen empfindliche Reaktionen in der Öffentlichkeit hervor. Diese Empfindlichkeit war ein Ergebnis der wachsenden »Verteidigungsmüdigkeit«, die nicht nur in Hessen, sondern auch in anderen Gebieten der BRD feststellbar ist. Beispielsweise gelang es uns nicht, ein größeres Stück Land irgendwo in Hessen für einen weiteren Standortübungsplatz zu erhalten; ohne Unterstützung der Bundesregierung gibt es keine Möglichkeit, daß die Bürger und die Kommunal- und Landesregierungen einer Stationierung von zusätzlichen Luftfahrzeugen in Wiesbaden zustimmen; und es dürfte unmöglich sein, die volle Akzeptanz in der Öffentlichkeit für eine fortgesetzte intensive Nutzung Osthessens durch die Einheiten des V. Corps zu erreichen. Schließlich wurden unsere Bauprogramme mit den verschärften deutschen Umweltschutzbestimmungen konfrontiert, was zusätzliche Streitpunkte und große Verspätungen zur Folge hatte.

4. Vor diesem Hintergrund verschlechterten sich unsere Beziehungen zur Börner-Regierung, allerdings immer noch in begrenztem Rahmen. Börner selbst hat zu diesem Stand der Dinge beigetragen. Er hatte eine Grundsatzentscheidung zur engen Zusammenarbeit mit den Grünen getroffen, und nachdem SPD und Grüne im März 1985 die großen Gewinner der Kommunalwahl waren, rief er zu Koalitionen mit den Grünen auf kommunaler Ebene auf. Dieser Schritt, der der Stärkung der SPD-Position in den Kommunalregierungen dienen sollte, mag aus politischer Sicht verständlich sein, aber er förderte merklich den Einfluß der Grünen im Bundesland und auch in zahlreichen Kreis- und Stadtparlamenten, wo sie uns bis heute viele Probleme bereiten.

5. Vierzig Jahre SPD-Vorherrschaft in der hessischen Politik endeten im April 1987, als bei den Landtagswahlen die CDU unter der Führung von Dr. Wallmann in Koalition mit der FDP einen hauchdünnen Sieg errang. Mit 49,9 Prozent der Stimmen erhielten sie soviel, um gerade eben die Regierung bilden zu können. Seitdem regiert Ministerpräsident Dr. Wallmann mit einer Stimme Mehrheit im Parlament. Er vermeidet sorgfältig Kontroversen und hält Abstand zu unpopulären militärischen Streitigkeiten, obwohl seine Regierung erklärt, sie sei bereit, einen fairen Teil der Verteidigungslast zu übernehmen. Es gelang der CDU/FDP-Regierung, den politischen Einfluß der Opposition etwas zurückzudrängen, insbesondere, was die Stellung der Grünen auf Landesebene angeht. Dennoch sperren sich in Kreisen und Städten die SPD/Grünen-Koalitionen und die Bürgerinitiativen im ganzen Land vehement gegen die Modernisierungsprogramme für unsere Streitkräfte.

6. Im vergangenen Jahr entwickelten sich politisch-militärische Probleme in erster Linie aus den Stationierungsinitiativen und den damit verbundenen Bauvorhaben. Vermessungen, die militärische Infrastruktur betrafen, wurden von den Kommunalregierungen äußerst gründlich geprüft. Zunehmend wird deutlich, daß die Kommunalregierungen

gelernt haben, die Justizbehörden einzusetzen, um Projekte-,die sie ablehnen, zu verhindern oder zu verzögern. Dies ist für mich eine Quelle der Sorge, vor allem da die Bundesregierung es in vielen Fällen ablehnt, uns so stark zu unterstützen, wie das für die Durchführung der Modernisierung unserer Streitkräfte notwendig wäre.

Beispiele:

a) Die Stationierung von Luftfahrzeugen auf der Wiesbadener Air Base. Dies ist der kritischste und wichtigste Streitfall über die Modernisierung, dem sich das V. Corps gegenübersieht, und wir haben extreme Schwierigkeiten bei der Durchführung unserer Pläne. Lokale Bürgerinitiativen wehren sich massiv gegen jede Luftfahrzeugstationierung, und die städtischen Behörden haben erfolgreich die Gerichte angerufen, um die Ankunft der Apaches für einen längeren Zeitraum zu verzögern. Dieser Streit wurde beispielhaft für andere Stadtparlamente in Hessen.

b) Standortübungsplatz Lampertheim. Der Abschluß eines Vertrages über die Landnutzung und der Bau eines Schießbahnkomplexes wurden blockiert, weil sich Lokalpolitiker aller Parteien hier vehement gegen unsere Übungsaktivitäten zur Wehr setzen.

c) Truppenübungsplatz Wildflecken. Der Bau der Schießbahn 10 ist durch ein Gerichtsurteil blockiert, das die Opposition im Kommunalparlament erwirkt hat. Nachdem eine Handvoll Gersfelder Bürger drei Jahre lang Druck ausgeübt hat, sehen wir uns heute, nach vielen Beratungen zwischen US-Offiziellen und deutschen Behörden, und trotz unserer widerstrebenden Zustimmung zur Erfüllung der Wünsche des BMVg (Bundesministerium der Verteidigung – die Verf.) bezüglich der Reduzierung von Nacht- und Wochenend-Schießübungen, die wir erfüllten, um die Erlaubnis zum Bau der Schießbahn zu erhalten, einem lästigen und langwierigen Prozeß vor dem höchsten Gericht gegenüber.

d) Standortübungsplatz Schlitz. Die Art und Weise, wie es

lokalen Bürgerinitiativen in diesem Fall gelang, sich der Hilfe von Politikern aller Parteien auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zu versichern, um die US-Armee daran zu hindern, einen großen Landstrich in der Nähe von Schlitz, der uns vom BMVg angeboten worden war, zu erwerben, ist fast ein Modell, das zeigt, daß es uns in Zukunft nicht mehr gelingen wird, irgendwo in Deutschland eine größere Menge Grund zu bekommen. In diesem Fall waren alle gegen uns, einschließlich Außenministers Genscher, CDU-Fraktionsführers Dregger und Verteidigungs-Staatssekretärs Würzbach. Keiner dieser Politiker wollte erkennen, daß unsere Landnahme die freilaufenden Manöver in Nordhessen verringern würde und daß daher diese Landnahme mit den tatsächlichen deutschen Interessen in Einklang steht.

e) Vorgeschobene Versorgungslager. Wir haben sieben der zehn Standorte, die wir benötigen, aber wir sehen uns bei der Genehmigung der restlichen drei ausgedehnten Verzögerungen gegenüber. Der Ministerpräsident von Hessen will uns bei diesem Problem nicht helfen, und die einzige Möglichkeit, Grund für die restlichen Standorte zu erhalten, wäre eine Enteignung durch die Bundesregierung. Das hat langfristige Verzögerungen und viel öffentliche Kritik in Osthessen zur Folge, wo wir von der öffentlichen Unterstützung für unsere Manöver abhängig sind.

f) Bauvorhaben. Bei unseren Bauvorhaben entstehen mehr und mehr Verzögerungen – sowohl aus verwaltungstechnischen wie auch aus politischen Gründen. Das beruht manchmal auf unserer eigenen Unfähigkeit zur Zusammenarbeit mit dem deutschen Verwaltungsapparat, der eine Menge von relativ neuen Gesetzen und Verordnungen im Umweltschutzbereich erlassen hat, die ein schwieriges Arbeitsklima schaffen und hinderlich sind für unsere Bauprojekte. Gegenwärtig werden Hauptbauvorhaben im Wert von über 100 Millionen Dollar von politischen/bürokratischen/juristischen Hindernissen blockiert.

g) Manöver. Obwohl die Regierungen unseren Manövern gegenüber Anzeichen von Verärgerung zeigten, erfuhren wir keinen ernsthaften Widerstand dagegen. REFORGER '85 und CARAVAN GUARD '88 wurden während des Winters in Hessen ohne Widerstand durchgeführt – und mit relativ geringem Manöverschaden. Andere Divisionsübungen in den vergangenen Jahren in Osthessen stießen ebenfalls auf wenig Kritik. Die Ernennung eines Kontrolloffiziers für den zivilen Manöverschaden in den Brigaden und die Einrichtung eines Systems zur besseren Verteilung der Manöver haben viel dazu beigetragen, das Problem der »Übernutzung« zu verringern, und haben geholfen, die Schäden deutlich zu reduzieren. Aber wir können nicht damit rechnen, unsere Manöverdichte erhöhen zu können, ohne die Unterstützung der Landesregierung zu verlieren und starken öffentlichen Protest hervorzurufen.

h) Umweltprobleme. Das V. Corps hat deutliche Schritte unternommen, um Umweltprobleme zu beseitigen, die aus der früheren Vernachlässigung des Problems entstanden sind. Es werden große Anstrengungen unternommen, um sicherzustellen, daß laufende und zukünftige Operationen unter gründlicher Überwachung in Umweltschutzfragen durchgeführt werden. Ein ständiger Diskussionspunkt auf dem Gebiet des Umweltschutzes sind alte Abwassersysteme und Tanklagervorrichtungen. Für die Beseitigung dieses Problems müssen größere Summen zur Verfügung gestellt werden. Unser Programm zur Nutzung von Fernwärme hat sich in Hessen als sehr populär und erfolgreich erwiesen, und wir müssen uns nun nicht mehr vorwerfen lassen, die Luft zu verschmutzen, wie das noch vor einigen Jahren der Fall war. Wir bemerken bei unserer Arbeit, daß die kommunalen Behörden im ganzen Bundesland mehr und mehr sensibilisiert werden für die Probleme, die die US-Streitkräfte angeblich im Umweltbereich hervorrufen. Dieser Kurs verlangt von uns allen, bei unseren zukünftigen Operationen noch sorgfältiger zu sein.

7. Schließlich möchte ich betonen, daß der Durchschnittsdeutsche, die »schweigende Mehrheit« der hessischen Bürger, noch immer die ziemlich starke Präsenz von US-Streitkräften akzeptiert und unterstützt. Wir können weiterhin wirkungsvoll operieren, auch wenn die breite öffentliche Unterstützung für die Verteidigung in den letzten Jahren schrittweise verlorenging.«